

Heinz-J. Bontrup/ Lars Niggemeyer/ Jörg Melz

Arbeitsfairteilen



Massenarbeitslosigkeit überwinden!

Heinz-J. Bontrup/Lars Niggemeyer/Jörg Melz
Arbeitsfairteilen

Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup, Dipl.-Ökonom, Wirtschaftswissenschaftler an der FH Gelsenkirchen, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Jörg Melz, Dipl.-Ing.-Ökonom, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und der Attac-AG ArbeitFairteilen.

Lars Niggemeyer, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und der Attac-AG ArbeitFairteilen.

AttacBasisTexte 27

**Heinz-J. Bontrup/Lars Niggemeyer/
Jörg Melz**

Arbeitsfairteilen

Massenarbeitslosigkeit überwinden!

VSA-Verlag Hamburg

www.attac.de/arbeitsfairteilen

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelfoto: Jakob/Attac-Foto-Datenbank

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt

ISBN: 978-3-89965-249-9

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Wie lange wurde früher gearbeitet?	10
Arbeit in der vorkapitalistischen Wirtschaft	10
Arbeit und Arbeitszeit in der kapitalistischen Wirtschaft	14
Der Kampf um den Achtstundentag	15
Die Nachkriegsentwicklung	20
Wende zum Neoliberalismus	21
Konfliktäre Verteilung von Produktivität und Arbeitszeit	28
3. Was führte in Deutschland zur Massenarbeitslosigkeit?	31
Tatsächliche Höhe der Arbeitslosigkeit	32
Einfluss von Globalisierung und demografischem Wandel auf die Arbeitszeit	36
Arbeitsvolumen und Erwerbspersonenpotenzial.....	39
Wandel der Wirtschaftsstruktur	43
Wandel in der Verteilung von Arbeitszeit	45
Wandel der Sozialstruktur	48
4. Ist Arbeitsumverteilung in Europa sinnvoll?	50
Tatsächlicher Umfang der Arbeitslosigkeit in Europa	50
Drei unterschiedliche Pfade der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	53
Die Bedeutung des Staates als Arbeitgeber	55
Arbeitszeitumverteilung ist notwendig: 30-Stunden-Woche für Europa	56
Globale Standortkonkurrenz	60
Die Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich	62
Arbeitslosigkeit und »working poor« in den Entwicklungsländern	64

5. Arbeit umverteilen – aber wie?	69
Gegen Arbeitszeitverlängerungen.....	69
Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich	74
Arbeitszeitverkürzung mit steigender Lohnquote.....	82
Primärverteilung 2006	83
Arbeit fair teilen ist möglich!.....	85
6. Literatur und Quellen	86
Aufruf: Massenarbeitslosigkeit überwinden	
– Arbeit solidarisch verteilen!	89

1. Einleitung

Arbeitszeitverkürzung in Deutschland ist notwendig, weil das Wachstum der Produktion mit dem der Produktivität seit den 1960er Jahren nicht mehr Schritt hält: Die Produktivität wuchs allein seit der Wiedervereinigung jahresdurchschnittlich bis 2006 um 0,5 Prozentpunkte mehr als das reale Bruttoinlandsprodukt. Das Arbeitsvolumen ist in der Folge entsprechend um gut 3,6 Mrd. Stunden oder um gut 6% zurückgegangen, während die Wirtschaftsleistung preisbereinigt um fast 9% im selben Zeitraum gestiegen ist. Bei steigendem Bruttoinlandsprodukt wird demnach immer weniger *lebendige Arbeit* gebraucht und nachgefragt. Dies gilt auch für die zukünftige Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wirtschaftspolitisch nicht auf Arbeitszeitverkürzungen, sondern weiter trotz gigantischer ökologischer Schäden ausschließlich auf Wachstum zu bauen, ist unverantwortlich und deshalb politisch zu skandalisieren. Auch der Ausbau eines heute schon bestehenden Niedriglohnssektors durch die »Hartz-Reformen« ist weder ein ökonomischer noch ein gesellschaftlicher Ausweg aus der sich durch die Produktions-Produktivitätsschere ableitenden Beschäftigungskrise mit Massenarbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Damit wird das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau noch weiter gesenkt, die Nachfrage gedrückt und der Weg in eine neo-feudale Dienstleistungsgesellschaft eingeleitet. Für eine Wirtschaft, die, wie die deutsche, ihr Wachstum aus Wissen und Technik schöpfen muss, ist eine solche Perspektive schädlich. Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen, von Arbeitgebern, Politik und neoliberalen Mainstream-Ökonomen als Rezept für mehr Beschäftigung angepriesen und seit Jahren umgesetzt, haben die Erwartungen nicht erfüllen können. Weder mehr Wachstum noch mehr Arbeit ist dadurch geschaffen worden. Zwar wurde ein Exporterfolg nach dem anderen erzielt, dies aber bitter erkaufte durch eine weggebrochene Binnennachfrage und eine zunehmende Verarmung bei weiter

vorliegender Massenarbeitslosigkeit und vielfach prekärer Beschäftigungsverhältnisse. In einem Land mit 82 Mio. Einwohnern darf man die Binnennachfrage nicht vernachlässigen, zumal der Außenbeitrag (Exporte – Importe) mal gerade gut 5% vom deutschen Bruttoinlandsprodukt ausmacht.

Trotz alledem ist das Thema Arbeitszeitverkürzung nicht populär, und doch führt an ihr kein Weg vorbei, weil auf diese Weise die Beschäftigung verteilt und die Massenarbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Vollbeschäftigung stärkt die Position der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen. Unpopulär ist sie bei Arbeitgebern, die Gewinnkürzungen und eine schlechtere internationale Wettbewerbsfähigkeit befürchten. Doch auch Arbeitnehmer treten ungern Arbeitszeit an Erwerbslose ab und wollen auf Einkommen verzichten. Die Gewerkschaften haben seit den 1990er Jahren erstaunlicherweise quasi den Kampf um Arbeitszeitverkürzungen eingestellt. Sie führen nur noch reine Lohnverhandlungen und können dennoch nicht den dringend notwendigen verteilungsneutralen Spielraum (Produktivität plus Inflationsrate) ausschöpfen. Das Ergebnis sind gigantische Umverteilungsprozesse von unten nach oben, die freilich gesamtwirtschaftliche Folgen haben. Sie führen nicht nur zu Nachfrageausfällen, sondern bewirken auch Steuererosionen, bedrohen somit den Sozialstaat und erhöhen die Staatsverschuldung. Somit ist die Armut im Land erschreckend gestiegen.

Das vorliegende Buch will wie alle anderen AttacBasisTexte Aufklärung leisten und Alternativen zum herrschenden neoliberalen Mainstream aufzeigen. Arbeitszeitverkürzung wird dabei zunächst in Verbindung mit menschlicher Arbeit unter Berücksichtigung historischer Bezüge analysiert. Hier wird Arbeit und die Verkürzung von Arbeitszeit in einer vorkapitalistischen und einer kapitalistischen Wirtschaft differenziert betrachtet. Arbeit und Arbeitszeit unterliegen einer Ambivalenz, sie sind sowohl belastend als auch sinnstiftend und zugleich einem ständigen Konflikt unterworfen. Wie gehen wir damit unter kapitalistischen Produktions- und Verwertungsbedingun-

gen um? Wer verfügt zu welchem Zweck über die menschliche Arbeitszeit? Diesen Fragen wird ebenso nachgegangen, wie eine ausführliche sich daran anschließende Arbeitsmarktanalyse für die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen wird. Hier steht der empirische Beweis für das wirtschaftspolitische Versagen in der Arbeitszeitfrage spätestens ab Mitte der 1970er Jahre im Fokus. Arbeitszeit muss aber auch international gedacht werden.

Deshalb folgt im Anschluss eine über Deutschland hinaus reichende Betrachtung von Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitpolitik. Bedeutend ist an dieser Stelle die Frage, wie sich Arbeitszeitverkürzungen und globale Standortkonkurrenz miteinander verbinden lassen. Ein Punkt sei hier bereits im Ergebnis vorweggenommen: Deutschland ist kein Opfer der Globalisierung, dennoch muss die Arbeitszeit international besser koordiniert und ausgesteuert werden. Dass in der Bundesrepublik, einem der reichsten Länder der Erde, alle gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich gegeben sind, wird im letzten Kapitel des Buches aufgezeigt. Dem vorgeschaltet ist die Widerlegung von angeblich notwendigen Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich, die im Grunde nur das neoliberale Ziel einer weiteren Umverteilung zu den eh schon Vermögenden verfolgen und aus Herrschaftsgründen kein Interesse an einer Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland haben.

Damit würde die Lohnquote etwas über dem Wert von 1980 mit 75,2% liegen, dem Beginn der seither massiv betriebenen neoliberal geprägten Umverteilung von unten nach oben.

Arbeit fair teilen ist möglich!

Arbeitszeitverkürzung ist, wenn man es nur politisch wollte, auch in Form einer einjährigen »Schocktherapie« mit vollem Lohnausgleich durch eine entsprechende Um(Rück-)verteilung finanzierbar.

Dadurch würde nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch durch die Mehrbeschäftigung eine zusätzliche Konsumnachfrage entfaltet, die ansonsten aufgrund der höheren gesamtwirtschaftlichen Gewinnsumme nicht entsteht, weil die darin vielfach enthaltenen funktionslosen Gewinne lediglich in (spekulativen) *Finanzinvestitionen* angelegt werden und nicht in beschäftigungsschaffende Realinvestitionen.

Außerdem würden durch eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit dem Staat und damit der Gesellschaft jährlich die *Kosten der Arbeitslosigkeit* in Form von Arbeitslosengeldzahlungen, Ausfall an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern (zurzeit ca. 85 Mrd. € jährlich) erspart bleiben.

Arbeitszeitverkürzungen – seit langem überfällig – sind ökonomisch machbar. Dies gilt auch für ein Modell von Arbeitszeitverkürzungen auf Basis einer Umverteilung der gesellschaftlich (arbeitsteilig) generierten Wertschöpfung (Volkseinkommen) zulasten des Kapitals.

Arbeitszeitverkürzungen verlangen aber eine aktive *Solidarität* im Arbeitnehmerlager (insbesondere mit den Arbeitslosen) und darüber hinaus auch in den sozialen Bewegungen. Ohne diese Solidarität wird es nicht zu einer Umsetzung von arbeitsmarktwirksamen Arbeitszeitverkürzungen und damit zu einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit kommen.

Aufruf: Massenarbeitslosigkeit überwinden – Arbeit solidarisch verteilen!

Dokumentation des Aufrufs der Initiative »Arbeitfairteilen« vom Sommer 2006

Es ist gespenstisch. Immer mehr Menschen in Europa sind erwerbslos. Diejenigen, die Arbeit haben, sollen gezwungen werden, länger zu arbeiten, während zur gleichen Zeit andere Menschen unfreiwillig erwerbslos sind. Diesem Irr-Sinn setzen wir die Forderung nach einem modernen Recht auf Arbeit, auf kürzere Arbeitszeiten und eine Politik der solidarischen »Fairteilung« von Arbeit und Einkommen entgegen.

Massenarbeitslosigkeit ist ein Irr-Sinn. Mit hohen gesellschaftlichen Kosten und negativen Folgen für die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen. Massenarbeitslosigkeit verstößt gegen Menschenrechte und verhindert eine faire Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Die politische Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit kann gar nicht überschätzt werden. Es handelt sich um DAS zentrale Thema in der real existierenden kapitalistischen Welt. Nur wenn es gelöst wird, kann die immer latente Gefahr rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Bewegungen deutlich vermindert werden.

Die herrschenden Parteien haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt und setzen weiterhin stur auf Wirtschaftswachstum. Was aber, wenn dieses ausbleibt? Auch die politisch forcierte Ausweitung des Niedriglohnsektors wird die sozialen Probleme in Deutschland nicht lösen, sondern nur noch verschärfen. Die herrschende Politik beschäftigt sich nicht einmal ernsthaft mit Konzepten zur radikalen Arbeitszeitverkürzung. Kein Wunder, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von ihr keinen Abbau der Arbeitslosigkeit mehr erwartet.

Die auf Wachstum fixierte Arbeitspolitik ist gescheitert

Deutschland ist im internationalen Vergleich ein reiches Land. Mit großen wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten. Durch immer effizientere Technik, bessere Qualifikationen und wachsende Arbeitsintensität produzieren immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Güter. Andererseits suchen immer mehr Männer und Frauen Erwerbsarbeit, um sich eine eigenständige materielle Existenz aufzubauen und zu erhalten. Zwischen dem Angebot von Arbeitsplätzen und der Zahl der Arbeit suchenden Menschen klafft eine gewaltige Lücke. In Deutschland sind knapp 5 Millionen Personen erwerbslos.

Mit quantitativem Wirtschaftswachstum allein wird diese Lücke nicht zu schließen sein. Die alte, auf Wirtschaftswachstum fixierte Arbeitsmarktpolitik ist offenkundig gescheitert. Um die heutige Massenarbeitslosig-

keit zu reduzieren, müsste die Wirtschaft jährlich um drei, vier, fünf oder noch mehr Prozentpunkte wachsen. Solche Zuwächse waren auf niedrigem Niveau nach dem 2. Weltkrieg möglich. Unter heutigen Bedingungen sind sie pure Illusion. Auch wäre es mehr als fraglich, ob ein solches Wirtschaftswachstum auf Dauer umweltverträglich wäre. Auch Frauen lassen sich nicht mehr an den Herd zurückdrängen. Wer zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit weiter nur auf quantitatives Wachstum setzt, sitzt in einer ideologischen Sackgasse.

Arbeitszeitverlängerung führt in die Irre

Eine Arbeitszeitverlängerung wäre der falsche Weg. Die knappe Erwerbsarbeit würde bei immer weniger Menschen konzentriert. Gleichzeitig würden andere von einer fairen Beteiligung an Arbeit und existenzsichernden Einkommen ausgeschlossen. Bei einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Wochenstunden erhöht sich die Personalkapazität mit einem Schlag – ohne dass irgendwer neu eingestellt würde – um 15 Prozent. Folglich geriete jeder 7. Arbeitsplatz in Gefahr. Arbeitszeitverlängerung ist daher beschäftigungspolitisch kontraproduktiv und erzeugt noch mehr Arbeitslosigkeit.

Auch andere Gründe sprechen gegen den geforderten Zwang zur Arbeitszeitverlängerung. Der Erhalt unserer Gesundheit ist wesentlicher Teil eines guten Lebens. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass lange Arbeitszeiten zu Überforderungen führen und die Gesundheit gefährden. Rücken- und Kopfschmerzen, Nervosität und psychische Erschöpfung, Schlafstörungen, Magenschmerzen und Herz-/Kreislaufprobleme sind bei Menschen mit langen Arbeitszeiten deutlich stärker verbreitet als bei ihren kürzer arbeitenden KollegInnen.

Arbeitszeitverlängerung ist familien-, frauen- und kinderfeindlich. Wer eine familienfreundliche und geschlechtergerechte Arbeitswelt will, kann nicht gleichzeitig Arbeitszeitverlängerung fordern. Wir brauchen ausreichend Zeit zum Leben, Lachen und Lieben. Erst dann können Partnerschaften und Familien als Genuss, Kinder als Glück erlebt werden.

International: Spirale nach unten

Ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus zeigt ebenfalls, dass Arbeitszeitverlängerung auch international ein Irr-Weg ist. Denn ein Zwang zu längeren Arbeitszeiten beim Exportweltmeister Deutschland erzeugt sofort Druck auf wirtschaftlich schwächere Länder und zwingt sie, dieser fatalen Logik zu folgen, in der Konkurrenz nachzuziehen und Arbeitszeiten ebenfalls auszudehnen. Von Deutschland würde ein falsches Signal ausgehen und eine Spirale der Arbeitszeitverlängerung in Gang gesetzt. Wer könnte sich dem entziehen? Die Folge wäre, dass bald überall in Europa länger gearbeitet werden müsste. Niemandem wäre geholfen und allen geschadet.

Perspektivenwechsel: Arbeitszeit neu denken – ein Weg aus der Sackgasse.

Wenn die Zahl der Erwerbslosen hoch ist, muss die knappe Erwerbsarbeit besser verteilt werden. Bei einer fairen Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf alle Erwerbsarbeit suchenden Männer und Frauen wird die durchschnittliche Arbeitszeit nicht bei 40 Wochenstunden oder mehr liegen, sondern deutlich niedriger. Wir fordern daher ein modernes Recht auf Arbeit, eine »Vollbeschäftigung neuen Typs« mit kürzeren Arbeitszeiten. Durchschnittlich 30 Arbeitsstunden in der Woche oder eine entsprechende Jahres- bzw. Lebensarbeitszeit sind genug.

Dies ist keine starre Norm, sondern eine neue gesellschaftliche Orientierung. Ein Perspektivenwechsel und eine neue Zielmarke für Politik, Tarifparteien, Unternehmen und Individuen. Bei der konkreten Umsetzung sind – neben den jeweiligen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt – die persönlichen Bedürfnisse und Wünsche der Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen zu berücksichtigen. Geschlechterdemokratie für Männer, Frauen und Kinder gehört zur neu zu denkenden Arbeitszeit. Wenn beispielsweise Kinder klein oder Alte pflegebedürftig sind, könnten Männer und Frauen kürzer arbeiten, zu anderen Zeiten länger. Im Durchschnitt aber sollten die Arbeitszeiten die gesellschaftliche Zielmarke der 30-Stunden-Woche anstreben. Bei weiterem Fortschritt der Arbeitsproduktivität könnten die durchschnittlichen Arbeitszeiten langfristig weiter gesenkt werden.

In Ländern mit durchschnittlich kurzen Arbeitszeiten ist die Arbeitslosigkeit relativ gering. Nirgendwo in Europa arbeiten die Beschäftigten durchschnittlich so kurz wie in den Niederlanden. Dort lag die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit (einschließlich Teilzeitarbeit) im Jahre 2004 bei nur 29,8 Stunden gegenüber 35,5 Stunden im Durchschnitt der 15 alten EU-Länder. Gleichzeitig gehörte in den Niederlanden die Arbeitslosenquote mit 4,6 Prozent) zu den niedrigsten, während der Durchschnittswert bei 8,0 Prozent lag. Ein ähnliches Bild zeigt sich in unterschiedlichen Kombinationen in Dänemark und Schweden.

Solidarische Arbeitszeitverkürzung ist ein Weg, Beschäftigung zu sichern und Entlassungen zu vermeiden. In der deutschen Metall- und Elektroindustrie wurden bereits 1994 Tarifverträge abgeschlossen, auf deren Grundlage die Arbeitszeit betrieblich bis auf 28,8 Wochenstunden abgesenkt werden kann, um knappe Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen und Arbeitsplätze zu sichern. Bereits über 20 Prozent aller Unternehmen in der deutschen Metall- und Elektroindustrie haben zeitweise Arbeitszeiten nach diesem Modell verkürzt. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die große Mehrheit von Geschäftsleitungen und Betriebsräten ihre Erfahrungen mit beschäftigungssichernder Arbeitszeitabsenkungen positiv bewerten.

Auch in anderen Branchen, z.B. in großen Zeitungshäusern, wurde die Arbeitszeit verkürzt und bereits bis auf 32 Stunden gesenkt. In Kindertagesstätten und Schulen wurden ebenfalls schon Arbeitszeiten abgesenkt,

um in einer solidarischen Aktion zu verhindern, dass KollegInnen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Sozial gestaffelter Einkommensausgleich

Wir wissen aufgrund der deutschen und europäischen Erfahrungen, wie schwer es ist, tatsächlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist ein großes gesellschaftliches Projekt, eine zentrale Aufgabe für heute und für die nächsten Generationen, um ihnen gesellschaftliche und erwerbsmäßige Teilhabe zu ermöglichen. Es bedarf einer großen politischen, kollektiven und individuellen Anstrengung und eines Machtzuwachses, um gegen die mächtigen Kapitalinteressen eine radikale Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Wenn bei einer solidarischen Umverteilung von Erwerbsarbeit nicht nur Entlassungen vermieden, sondern die durch Arbeitszeitverkürzung frei werdende Arbeitszeit für Neueinstellungen genutzt wird, verteilen sich Arbeitszeit und Einkommen auf mehr Menschen. Die Zahl der Beschäftigten steigt.

Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzungen mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich. Für obere Einkommensgruppen, Singles ohne Unterhaltsverpflichtungen oder Paare mit zwei vollen Einkommen scheint der vorgeschlagene Tausch von Geld gegen freie Zeit in der Regel auch ohne Lohnausgleich vertretbar. Denn in oberen Einkommensgruppen ist ein gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auch auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich.

Für weniger Verdienende und Menschen mit Unterhaltspflichten sind aber finanzielle Ausgleiche zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit freiwerdenden Mittel für Ausgleichszahlungen an Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen eingesetzt werden.

Menschliche Arbeit ist nicht nur und nicht notwendigerweise Erwerbsarbeit. Aber die Verkürzung und Neuverteilung von knapper Erwerbsarbeit ist ein wesentliches Element für eine neue Arbeitspolitik, die auf gesellschaftliche Solidarität und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gerichtet ist.

Hierzu gehören als weitere Bausteine

- ein oberhalb der Armutsgrenze angesiedelter gesetzlicher Mindestlohn,
- die Möglichkeit, sich – öffentlich unterstützt – in gesellschaftlich nützlichen Aufgabenfeldern selbst Arbeitsplätze zu schaffen,
- ein nicht an Erwerbsarbeit gebundenes existenzsicherndes Grundeinkommen.

»Arbeitsfairteilung« – ein gesellschaftliches Projekt

Eine Politik der Neuverteilung von Arbeit setzt den durch Massenarbeitslosigkeit verursachten Existenzängsten vieler Menschen ein positives, auf Solidarität gerichtetes Projekt entgegen. Sie ist mehr als nur Tarifpolitik und erfordert auch neue Wege, den Zeitgewinn kreativ zu nutzen: für ehrenamtliches Engagement, für Allgemeinbildung, künstlerisches Schaffen, Spiritualität, mehr Zeit für Kinder, Sport und Gesundheitspflege.

Die neue »Arbeitsfairteilung« ist kein bereits vollständig fixiertes, einfach anzuwendendes Rezept. Wir verkennen auch nicht die ideologischen Vorbehalte, politischen Hemmnisse und praktischen Umsetzungsprobleme. Entscheidend ist der politische Wille, den Skandal Massenarbeitslosigkeit ernsthaft anzugehen, auch wenn das heißt, sich der Diktatur der Märkte und ihrer Nutznießer entgegenzustellen. Noch einmal: Massenarbeitslosigkeit ist nicht eins unter vielen Problemen. Es ist DAS Problem. Viele Fragen sind offen und müssen in gesellschaftlichen, betrieblichen und individuellen Diskursen thematisiert und gelöst werden. Einige Ansatzpunkte und Handlungsschritte können aber schon benannt werden:

- Statt der Verlängerung gehört die Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten auf die Tagesordnung von Politik, Tarifparteien und Medien. Ziel ist die Durchsetzung der 30-Stunden Woche bis 2010 überall in Europa.
- Freiwillige Teilzeitarbeit ist in den verschiedensten Formen zu ermöglichen, gesellschaftlich und betrieblich aufzuwerten, finanziell zu fördern und sollte von möglichst vielen Menschen genutzt werden können.
- Überstunden sind, wo immer möglich, abzubauen.
- Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, z.B. zur Betreuung von Kindern oder Alten, für Weiterbildung, für bürgerschaftliches Engagement und für originelle Projekte sollten erleichtert, negative Folgen für die zeitweilig aussteigenden Individuen möglichst ausgeschlossen werden.
- Beschäftigungsbrücken zwischen alten und jungen Menschen können – bei entsprechender Ausgestaltung – mit geringen finanziellen Aufwendungen die Arbeitslosigkeit junger Menschen erheblich mindern. Solche Modelle sind zu erhalten, weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht auszubauen.
- Kürzere Arbeitszeiten sind auch finanziell aufzuwerten. Wenn Menschen einen Teil ihrer Arbeitszeit und ihres Einkommens abgeben und dadurch anderen den Einstieg in Erwerbsarbeit möglich machen, ist das positiv anzuerkennen und auch materiell zu fördern. Die Grundidee ist einfach: Die mit besonders langen Arbeitszeiten erzielten hohen Einkommen werden steuerlich und/oder bei den Sozialabgaben stärker belastet (Malus), kürzere Arbeitszeiten dagegen von Einkommenssteuer und/oder Sozialabgaben entlastet (Bonus).

Aufforderung zum Mit-Tun

Eine neue solidarische Arbeitszeitpolitik ist auch jenseits von Tarifpolitik eine ernsthafte gesellschaftspolitische Herausforderung für

- globalisierungskritische Bewegungen,
- eine europäische und globale Politik von Gewerkschaften und
- ein breites Bündnis von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und neuen politischen Initiativen.

Es geht darum, das Tabu zu brechen, das das Thema Arbeitszeitverkürzung und die faire Verteilung von Arbeit und Einkommen umgibt. Die Erfolgchancen für eine neue solidarische Arbeitspolitik sind um so größer, je mehr Menschen sich dafür einsetzen – als Individuen, in Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen und in der Politik. Überall in Europa.

Wir wenden uns daher gleichermaßen an konservativ, christlich, sozial, ökologisch oder sozialistisch orientierte Menschen und Organisationen und bitten sie, sich dafür einzusetzen, dass das gesellschaftliche Projekt der solidarischen Umverteilung der Arbeit auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

Herbert Behrens; Halina Bendkowski; Prof. Dr. Lothar Bisky, Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup; Dr. Jürgen Borchert; Michael Bouteiller; Dr. Uli Brand; Prof. Dr. Michael Brie; Prof. Dr. Chris Brückner; Daniela Dahn; Tom Delpont; Prof. Dr. Alex Demirovic; Klaus Drechsel; Prof. Dr. Hans Peter Dürr; Hasso Düvel, Prof. Dr. Angela Fiedler; Gert Flegelskamp; Berthold Föhrenbach; Prof. Dr. Hajo Funke; Daniela Gottschlich; Prof. Dr. Peter Grottian; Sven Giegold; Dieter Gleichfeld; David Hachfeld; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach; Detlef Hensche; Lutz Herden; Volker Hesse; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Helmut Horst; Dr. Kerstin Jürgens; Heiko Kaufmann; Roland Klautke; Dr. Barbara Knab; Ilse Korte; Prof. Dr. Michael Krätke; Prof. Dr. Rolf Kreibich; Stephan Krull; Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf; Prof. Dr. Manfred Liebel; Prof. Dr. Mohssen Massarat; Percy MacLean; Prof. Dr. Erhard Meuler; Till Mossakowski; Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg; Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr; Prof. Dr. Wolfgang Neef; Prof. Dr. Oskar Negt; Anne Neugebauer; Prof. Dr. Michael Opielka; Dieter Plehwe; Ekkart Remoli; Jutta Roitsch; Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter; Dr. Edelbert Richter; Johannes Roscher; Prof. Dr. Roland Roth; Prof. Dr. Birgit Sauer; Werner Sauerborn; Dr. Claus Schaefer; Dr. Angelika Saupe; Dr. Albert Scharenberg; Irmaud Schlosser; Werner Schmiedecke; Edgar Schu; Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann; Alice Schwarzer; Prof. Dr. Joachim Sikora; Chris Siméon; Sylvia Skrabs; Prof. Dr. Helmut Spitzley; Sybille Stamm; Jörg Stange; Margareta Steinrücke; Dr. Gabriele Sterkel; Peter Strotmann; Prof. Dr. Gerburg Treusch-Dieter; Benedict Ugarte Chacon; Dr. Eberhard Umbach; Prof. Dr. Fritz Vilmar; Reinhard Voß; Dr. Alexandra Wagner; Peter Wahl; Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach; Jörg Wiedemuth; Anne Wihstutz; Markus Wissen; Dr. Angelika Zahrrnt; Birgit Zenker